

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

20.7.1921 (No. 166)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. D.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 2mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Anmeldung deutscher Forderungen zum Ausgleichsverfahren.

... Nach § 5 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages hatten die Gläubiger von Auslandsforderungen ihre vor dem Kriege oder während desselben fällig gewordenen Forderungen bei ihrem Ausgleichsamt innerhalb sechs Monaten nach dessen Errichtung anzumelden. Diese Anmeldefrist ist schon seit längerer Zeit abgelaufen. Namentlich wurde jedoch zwischen dem deutschen Reichsausgleichsamt und den Ausgleichsämtern von England, Frankreich, Elsaß-Lothringen, Belgien, Griechenland und Siam eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Anmeldefrist bis zum 30. September 1921 verlängert wird.

Es ist auf diese Weise den Gläubigern von Forderungen, welche sich gegen Angehörige der vorgenannten Länder und ihrer Kolonien richten, nochmals Gelegenheit geboten, die etwa bisher versäumte Anmeldung bei ihrem zuständigen Reichsausgleichsamt nachzuholen. Für Baden und die Pfalz ist die Zweigstelle Karlsruhe, Bismarckstraße 2, zuständig. Die borgeführten Anmeldeformulare sind bei der genannten Zweigstelle, sowie bei den Handelskammern unentgeltlich zu beziehen.

Die Gläubiger sind zur Anmeldung nicht nur berechtigt, sondern bei Gefahr der Befristung und Enteignung der Forderung auch verpflichtet. Eine bereits früher bei einer anderen Stelle erfolgte Anmeldung entbindet nicht von der Anmeldung beim Reichsausgleichsamt. Jede, auch die kleinste Forderung muß angemeldet werden, selbst wenn sie bereits als uneinbringlich abgeschrieben wurde. Für die Forderung haftet, abgesehen von gewissen Ausnahmen, nach dem Friedensvertrag der Staat, dem der Schuldner angehört. Eine unmittelbare Regelung der Forderung ist nach dem Friedensvertrag und dem Reichsausgleichsgesetz verboten, also insbesondere auch die Annahme einer dem Gläubiger vom Schuldner unmittelbar eingehenden Zahlung. Eine solche direkte Zahlung wird bei Marktschulden vom Schuldner manchmal versucht, indem er nur den Schuldbetrag in der zur Zeit sehr tiefstehenden Marktwährung an den Gläubiger abführen will, während er im Ausgleichsverfahren den Betrag ungeteilt zum Vorkriegskurs bezahlen muß.

Indem auf die Bestimmungen der §§ 18 und 64 des Reichsausgleichsgesetzes vom 24. April 1920 — Reichsgesetzblatt S. 597 — ausdrücklich hingewiesen wird, wird bemerkt, daß eine Geltendmachung von Ausgleichsforderungen nach dem 30. September 1921 wohl ausgeschlossen sein dürfte.

Mit den Ausgleichsämtern von Italien und Haiti schwoben zurzeit noch Verhandlungen über die Verlängerung der Anmeldefrist. Jedemfalls werden deutsche Gläubiger gut tun, auch die etwa bis jetzt versäumte Anmeldung von Forderungen nach diesen beiden Ländern ebenfalls nachzuholen.

Bismarck — nach dem Zusammenbruch.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Emil Ludwig, einer unserer feinsten Schriftsteller und Kulturkritiker, in der „Weltbühne“ einen Aufsatz, der so interessant ist, daß wir ihn hier wiedergeben wollen:

„Als nach Napoleons Gefangennahme bei Sedan Ehlers öffentlich die Frage an Deutschland richtete, gegen wen man denn nun noch Krieg führen wollte, gab Ranke leider die Antwort zurück: „Gegen Ludwig den Biergeizhüner.“ Dies Wort, mehr heistreich als tief, stolz, aber berühmungslos und im Grunde bescheiden, wird jetzt in Deutschland von guten Köpfen variert, und fällt in Wilhelm dem Zweiten Symbol und Exponenten des Zusammenbruchs zu beurteilen, wendet sich der nach Schuldigen suchende Wille der nächsten Lebenden schonend, zu ernsteren Taten, und von Klagen Rippen kann man nun lesen: Bismarck ist schuldig. Er hat den Deutschen eine Mischung geschmeichelt, die ihm, nicht ihnen, paßte, hat, wie Bismarck einst sagte, Deutschland groß, die Deutschen klein gemacht: er, der den deutschen Imperialismus schuf, hat damit den Grund zur Katastrophe gelegt. Es bleibt Tatsache, daß sich die politische Führung Bismarcks nicht eigentlich der Art nach von der Wilhelm des Zweiten unterscheidet, so weitfern sie auch davon dem Grade nach verschieden ist.“

Andre schreiben von der „Epifode Bismarck“, und wieder wird er zum Paria-genius der Royalisten herabgewürdigt, indes alles, was links steht, auf seine Fehler punkto Sozialisten weist, ohne die es weder Weltkrieg noch Niederlage hätte geben können. Alles hat er falsch vorausgesagt: Bündnis mit Österreich — Knochen eines pommerischen Grenadiers — Elsaß — Polen — Rußland. Berliner Kongreß; Ursache des Weltkrieges. Gründerzeit: Vorläufer der Scheiterteit. Es gilt, Bismarck vor diesen Freunden zu schützen und bei innerpolitischer Gegnerschaft die Stimmen zu widerlegen, die heute seine historische Stellung umschwärzen: denn es heißt doch recht deutsch-politisch denken, wenn man, im Augenblick der Katastrophe, den stärksten Politiker anflacht, den Deutschland seit hundert Jahren produziert hat.

Mit einem von mir freilich ist da nicht getan; es langt nicht, zu betonen, eine Mutter sei für die Verirrung ihres Sohnes und Alexander für die Rinderwertigkeit seiner ebenenden Unterführer nicht verantwortlich. Auch ist nicht nötig; denn hier hat keineswegs ein romantisches Genie sein Reich zum Weltreich bis an den indischen Fluß erweitern wollen. Ein Staatsmann hat zwei Dutzend Gemeinwesen

in eins zusammengefaßt, sonst nichts. Wollten die Deutschen Bismarcks Charakter studieren, statt ihn zu feiern oder zu verachten, so läßen sie im Innern dieser Seele den deutschen Zweifelsgeist vorgebildet wie am Modell, doch dann die Hand, die selbstherrschend ihn zu schlichten suchte. Bismarck hat einen Bundesstaat mit dem Prädikat Imperium, nie aber ein Weltreich mit dem Streben des Imperialismus gegründet und gewollt.

Sind denn die großen Zeichen seiner Mäßigung vergessen? Ist Bismarck verantwortlich, wenn ihn die Söhne jener Junger karikierten, die er ironisierte? Hat man Napoleon für Jerome verantwortlich gemacht? Es scheint nicht sehr dankbar, den Deutschen ihr Haus zu bauen.

Denn einzig auf das Haus kam es ihm an. An Nord-Deaconsfelds Tafel sagte er im Juni 1862, binnen kurzem werde er Minister sein, dann die Kammer reorganisieren, „dann den ersten besten Notwend ergrreifen, um Österreich den Krieg zu erklären, den Deutschen Bund zu sprengen... und Deutschland unter Preußens Führung eine neue Einheit zu geben. Ich bin hierhergekommen, um dies den Ministern der Königin zu sagen.“

Denn nur um dieses einen Zweckes willen hat er drei Kriege vom Zaun gebrochen, nicht aus verschwommenen Großmachtswünschen, die er niemals hegte. Im ganzen Umkreis seiner Aufzucht verrät nicht eine solche weltmännliche Gelüste. Bismarck war das letzte Volkwerk gegen den deutschen Imperialismus. Mit dem Tage, wo man ihn hinaustrifft, fängt der Imperialismus des Imperators an. Kolonien, Flotte: die beiden Symptome und Symbole alles Weltmachtswunsches hatte er leidenschaftlich bekämpft, hat Carl Peters nur ganz gögnernd unterstützt und Wilhelm des Zweiten Flotteneifer bespöttelt.

Nur seine Grenzen wollte er gesichert, denn das Geschick dieses Landes, in drangvoll fürchterlicher Enge geengt zu liegen, zwang ihn zur Vorsicht, eben wie es auf Einigung zudrangte, Beweisen die Annerexion das Gegenteil? Vergißt man, daß Bismarck Lothringen nicht haben wollte — und nur dem Drängen des Königs und Wilhelms unwillig nachgab, die freilich vom Standpunkt des Portepes urteilen mußten?

Am Abend von Königgrätz, als Wolke zum König sagt, er habe den Feldzug gewonnen, wirt Bismarck ruhig ein: „Ja, jetzt gilt es, Österreichs alte Freundschaft wieder zu gewinnen.“ Als dann die Militärs auf Vormarsch gegen Wien bringen, verschließt Bismarck seine Fronte in dem mit ernster Miene gesprochenen Vorschlag: dann nach Ungarn zu folgen, rechts der Donau zu bleiben, und es wäre dann am geratenssten, auf Konstantinopel zu marschieren, ein neues byzantinisches Reich zu gründen und Preußen seinem Schicksal zu überlassen. Genau: Berlin—Bagdad! Bemerkt man nicht, wie Bismarck noch aus dem Grunde die Träume und Forderungen der Mitdeutschen von 1916 bespöttelt?

Ein Moment zur Szene von Nikolssburg. Niemand begreift, wie derselbe Mann, der gegen den Willen zweier Herrscher und zweier Völker beide zum Kriege gezwungen hat, nun, als enschiebener Sieger, plötzlich Frieden anbietet, ohne Land, ohne Geld zu fordern. Krisis, Weintrampf, Demission, Beschuldigung. Während unterzeichnet der König schließlich einen Vorfrieden, der nachhaft Völkerverbundfrieden genannt werden könnte; jenen Nikolssburger Akt, der genau so aussieht, wie sich alle guten Europäer den Frieden von Dreß, von Bukarest, von Versailles gewünscht hätten.

Er wollte kein großendes Österreich, denn er sah die Nötigung, auch Frankreich erst zu schlagen, das ohne Krieg die deutsche Einheit niemals gestiftet hätte. Wieder bricht er vom Zaune. Um Weltmacht? Einzig um die Einheit. Ja, so monomanisch schwebt die Vision dieses Werkes vor seiner Seele, daß er, der immer Kreuze war und blieb, im November 1870 die Verträge mit Bayern so unterzeichnet, wie alle Heißsporne sie verwarfen, keine weiteren Zugeständnisse verlangte, denn er wollte ein „zufriedenes Bayern“. Wieder macht er von seiner Macht keinen Gebrauch.

Denn er war Preuze, für Preußen allein wollte er Macht. Doch diese endete an Deutschlands Grenze, und hat er ein zu preußisches Deutschland geschaffen, so ist dieser Fehler ein innenpolitischer, der Europas Nähe wenig störte und auf donatistischen Grundgefühlen ruht, die in Jahrhundert, Stand und Rasse begründet liegen. Eben daß Bismarck nur preußisch fühlte, schützte ihn vor allen alldeutschen Präzentionen: das Meer war die Grenze, über das er keine macht-reichenden Schiffe, und über dem er keine Länder haben wollte. Darum durfte er sich kontinental orientieren: denn mit England über See zu konkurrieren, schien ihm Wahnsinn.

Als dieser Ehrgeiz aufkam, wehrte sich Bismarck; als er nichts erreichte, wurde er verjagt. Kann man deutlicher gegen deutsches Imperialismus zeugen als Bismarck durch seinen Sturz? Was hat er, Diktator fast, von 1871 bis 1890 getan, das nach Weltmacht schmiedete? Inneren Ausbau — mit mancherlei Fehlern — hat er gepflegt, nicht äußern Ausbau. Zwei Kriege ist er aus geworden. Rußland hat er sich verpflichtet, Frankreich nie mit Siegerehrte gereizt, im Dreibrund Sicherheiten ohne gefährliche Pflichten gesucht. Und das wäre dann seine Schuld, wenn ein unerfahrener Erde Ruhland aufbündigt, mit gepanzerter Faust toletiziert, asiatische Abenteuer sucht und die Riblungentreue dramatisiert? Und wenn dieser gänzlich antisimardische Krieg das Deutsche Reich zerbröckelte: auch dann noch bliebe jener Architekt gerechtfertigt wie einer, dem eine Bombe keinen Tempel zerbröckelt.

In Wahrheit hat das Reich selbst diesen Krieg, selbst diese Katastrophe überdauert. In Wahrheit ragt aus Trümmern, nur noch Bismarcks Werk hervor.

Der „Kaiser“ war Bismarck so unerheblich, daß er, drei Tage nach der Krönung in Versailles, scherzend von „dieser Kaisergeburt“ an seine Frau schrieb, und hätte nicht der Präsident dieses Bundes einen populären Titel gebraucht, der unromantische Gründer hätte gern darauf verzichtet.

Daß Bismarck sein Werk nicht aus den Fürsten, sondern aus den Stämmen geträumt und gestaltet hat, beweist ja nichts Besseres, als daß es ohne die zwei und zwanzig Köpfe weiter lebt. Elsaß wurde nie ein integrierender Teil, blieb vielmehr ein fünftes Rad; von Posen oder Nordschleswig hat Preußen nie abgehoben, und im großen Gefolge der Geschichte bleibt es unerheblich, ob fünfzigstellig oder neunundfünfzig Millionen Deutsche geint sind, besonders da von jenen sechs Millionen ein großer Teil nicht deutsch war. Entschuldigend ist, ob die Deutschen beisammen bleiben, nicht um zu erobern, sondern um, sprachlich Brüder, in einem Hause leidlich beisammen zu wohnen.

Das haben sie getan, und was selbst Bismarck nicht gelang, das ist einem verlorenen Kriege gelungen: Bahnen und Posten, sogar die Finanzverwaltung werden zentralisiert; das heißt: Bismarcks Werk, durch den Krieg nicht zerbrochen, wird vielmehr nach dem Kriege überraschend ausgebaut. Not hat die Staaten, die im Kriege, trotz allen Habsburgisch-mittelbairischen Kataklysten, nicht auseinanderfielen, fest zusammengegeschlossen. Wirtschaft und Sprache sind stärkere zentripetale Kräfte als Tradition und Liebe.

Kurz vor seinem Tode hat Bismarck, so berichtet die Tochter, eines Abends laut für den Bestand des Deutschen Reiches gebetet. Den Zusammenbruch haben seine Gegner zu verantworten. Noch steht das Werk in seinen großen Fugen unerschüttert.“

Geldentwertung, Valuta=dumping u. deutsche Reichsfinanzreform.

Von deutscher Seite wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ geschrieben:

„Die Durchführung des Reparationsprogramms zwingt die deutsche Republik zu einer neuen und zweiten Finanzreform, die die erste sogenannte Erzherzogliche Reform an Umfang und Bedeutung weit übertrifft. War es die Aufgabe der ersten Finanzreform, Deckungsmittel aus Steuern für ein Bedürfnis von 50 Milliarden Papiermark bereitzustellen, so wird die zweite Finanzreform darüber hinaus für die Deckung von weiteren 50 Milliarden Papiermark für Reparationszwecke zu sorgen haben. Wichtiger als der quantitative Unterschied der Größenordnung zwischen der ersten und zweiten Finanzreform ist jedoch der qualitative Unterschied.“

Die Geldentwertung hat in allen Ländern, die davon betroffen wurden, eine eigenartige Schichtung der Bevölkerung in eine Klasse von Leuten mit Papiergeld Einkommen einerseits und in eine andere Klasse mit sog. Gold-, bezw. Natural Einkommen andererseits geschaffen bezw. zum allgemeinen Bewußtsein gebracht. Auf der Schattenseite der Papiermark lobt in Deutschland der städtische Mittelstand, leben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, leben die durch die staatliche Mietspreiserhöhung betroffenen Hausbesitzer. Auf der Sonnenseite der Goldmark und des Realbesitzes, der von der Inflation nicht oder nur wenig in Mitleidenschaft gezogen wurde, aber erfreuen sich gewisse Kreise der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels eines Reichtums, das von den Vätern der Nachkriegszeit und der allgemeinen Verarmung nur wenig verspürt wird. Es ist nun die Aufgabe der neuen finanziellen Maßnahmen, wie dies der deutsche Reichsfinanzminister Dr. Wirth verschiedentlich angedeutet hat, diesen Unterschied zwischen Gold- und Papiermark Einkommen zu überbrücken und die Verschiedenheit der steuerlichen Leistungsfähigkeit bei der Verteilung der Steuerlast durch eine dementsprechende Veranziehung der Volkmarträger der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist man zur Erhöhung der Körperschaftsteuer von 10 auf 30 Prozent geschritten. Im übrigen wird das Unterabbringen der einzelnen Maßnahmen der Finanzreform noch lange Zeit in Anspruch nehmen, da bis zur Stunde kaum mehr als die Umrisse des Programms feststehen, und da das zu bewältigende Geschehen zu umfangreich ist.“

Indem sich der Staat durch die Notenpresse Mittel für seine Ausgabenwirtschaft verschafft, erhob er — durch eine äquivalente Entwertung aller festen oder wenig veränderlichen Einkommen — eine große unsichtbare Steuer. Jetzt ist es die Aufgabe der Finanzreform, dieses finanzielle Unrecht wieder auszumachen und einen sozialen Ausgleich zwischen den durch die Inflation derangierten Klassen anzubahnen. Wie weit das gelingen wird, das hängt freilich von der innerpolitischen Konstellation in Deutschland und von dem Zusammenbleiben des aus Rechtssozialdemokratie, bürgerlicher Demokratie und Zentrum bestehenden Blocks der Erfüllung“ ab. Der unsicherste Konstant in diesem Bunde der Drei ist zweifellos die bürgerliche Demokratie, die aus wirtschaftlich zu heterogenen Elementen besteht, und in der sich Arbeiter, Bauern, Händler, Gewerbetreibende und Kapitalisten ein Gleichgewicht geben, bei dem die letzteren zu oft steuerpolitisch die Ausschlaggebenden sind. Auf jeden Fall ist diese Partei bei einer wirklich energischen Durchführung des Steuerprogramms, wie es Dr. Wirth im Sinne hat, in ihrem Bestande bedroht. Damit ruht auch die Existenz der Koalition auf schwankendem Grund.

Nun zu den weltwirtschaftlichen Rückwirkungen der deutschen Finanzreform. Um die Reparationslast abtragen zu

können, sollen die deutschen Güter und Leistungen von nun ab auf dem Weltmarkt nach Möglichkeit zu den vollen Goldmarktpreisen zum Verkauf gebracht werden. Das würde einerseits bedeuten, daß die außerdeutschen Konsumenten zur Finanzierung der deutschen Reparationslast herangezogen werden, andererseits, daß das deutsche Salutadumping von nun ab unterbunden wird. Die Preise für die deutschen Ausfuhrgegenstände auf dem Weltmarktiveau zu treiben, das wird vor allem die Aufgabe der geplanten Kohlensteuer sein. Durch direkte Ausfuhrabgaben kann man diese Salutadifferenzen weiterhin ergänzend erfassen. Übrigens ist ein Steigen der industriellen Produktionskosten auch von anderen finanziellen Maßnahmen zu erwarten. Das deutsche Ausgabenbudget wird in schärferer Weise vereinnahmt; beispielsweise werden die Lebensmittelzuschüsse abgebaut werden müssen. Das bedeutet, daß die Produktionskosten um den Betrag steigen, den bisher Steuerzahler und Notenpresse übernommen haben. Auch eine beträchtliche Erhöhung der Bahn- und Posttarife wird sich nicht nur als Auswirkung der Erhöhung der Kohlensteuer, sondern auch deswegen nicht vermeiden lassen, weil die deutschen Tarife auch heute noch nicht dem Grade der allgemeinen Geldentwertung entsprechend gestiegen sind. Endlich steht jene Erhöhung des deutschen Produktionskostenniveaus auch von einer Seite in Aussicht, die nur mittelbar als Auswirkung der Finanzreform angesprochen werden kann, denn das deutsche Salutadumping beruhte zu einem großen Teil auf der Tatsache, daß die deutsche Industrie mit Hilfe unbegabter ländlicher Grundrente (staatliche Lebensmittelpolitik) ihre Herstellungskosten tief unter denen des Weltmarktes halten konnte. Jetzt aber geht man in Deutschland nach einer Zeit des tiefen Überganges zu einem Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft über, das fast als „vollkommen frei“ angesprochen werden kann. Der Landwirtschaft fallen höhere Preise für ihre Erzeugnisse zu, an denen der Staat entweder durch eine besondere Grundsteuer oder aber in Form einer hypothekarischen Belastung des Grund und Bodens teilzunehmen beabsichtigt. Die Industrie wird über letzten Endes die Preise in Gestalt höherer Löhne bezahlen müssen. Ganz ähnlich steht es mit der städtischen Grundrente. An deren Steigerung werden nur zum kleineren Teile die Hausbesitzer, zum größeren Teil wird daran der Staat — vielleicht gleichfalls in Form einer hypothekarischen Belastung des Bodens — profitieren. Die Leidtragenden werden die Mieter sein, die sich aber teilweise bei ihren Arbeitgebern in Gestalt höherer Löhne und Gehälter werden schadlos halten können (und müssen).

Es ist es eine große Tendenz, die von der deutschen Finanzreform ausgeht, und deren Auswirkungen man in voraus schon jetzt übersehen kann: das Steigen des inländischen Preisniveaus auf die Höhe des Weltmarktes, und die Dämpfung der Gefahren des deutschen Salutadumpings.

Über das Benehmen Reichsdeutscher im Ausland.

Die goldenen zehn Gebote für den im Ausland reisenden Reichsdeutschen.

Von Direktor F. W. D. H. L. Schloß Gerach.

Das ist es eine große Tendenz, die von der deutschen Finanzreform ausgeht, und deren Auswirkungen man in voraus schon jetzt übersehen kann: das Steigen des inländischen Preisniveaus auf die Höhe des Weltmarktes, und die Dämpfung der Gefahren des deutschen Salutadumpings.

und was anders war als bei Rattern, ihre oft üblen Weisheiten und leider vielfach mit einer Arroganz aufzutreten, die uns angefeindete Deutsche empörte.

Der traurige Ausgang des Krieges wird uns Deutsche hoffentlich bescheidener gemacht haben. Trotzdem erscheinen aber auch noch heute folgende zehn Gebote für den im Ausland reisenden Reichsdeutschen beachtenswert.

1. Vergiß nie, daß du jenseits der Grenzpfähle des Reiches nicht mehr zu Hause, sondern ein Gast bist.
2. Achte die Sitten der andern und suche sie zu verstehen, ohne deswegen die eigenen zu verleugnen.
3. Sprich nicht immer von dem, was in Deutschland oder Berlin besser ist als in dem Lande, das dir Gastfreundschaft gewährt, und vergiß nicht, daß eben jeder mit seinen Augen sieht.
4. Verleugne nicht dein Deutschtum, aber benimm dich auch immer so, daß man von dir vorteilhaft auf dein Vaterland schließen kann, denn nach dir beurteilt es der Fremde.
5. Kleide dich so, wie man es als Gast in fremdem Hause tut, und denke nicht, „für draußen“ ist alles gut genug.
6. Sparen ist auch im Ausland völkische Pflicht; aber spare vor allem an dir selbst und nicht an anderen.
7. Vermeide es, über Speisen zu kritisieren, und denke daran, daß man im Ausland einen nach dem beurteilt, wie er isst.
8. Vermeide politische Gespräche, sie erfordern viel Takt und Kenntnis der Denkweise und der Geschichte des Landes, in dem du zu Gast bist.
9. Habe den Mut, deine Landeskunde zur Rede zu stellen, wenn sie sich im Ausland deines Vaterlandes unwürdig betragen.
10. Benimm dich so im Ausland, wie du möchtest, daß sich der Ausländer in deiner Heimat benehme.

Politische Neuigkeiten.

Keine Rücktrittsabsichten des Reichskabinetts.

Das W.W. teilt mit: Die neuerdings auftretenden Gerüchte, daß das Reichskabinetts zum Rücktritt entschlossen sei, sind unzutreffend.

Das Dementi bezieht sich auf die Mitteilung einer Berliner Korrespondenz, die folgendes geschrieben hat: „Der Reichskanzler, der seit Amtsantritt der Entente beständig Behauptung seines guten Willens gegeben hat und ernstlich bemüht ist, die Londoner Forderungen auszuführen, erhalte täglich Beweise von der unersöhnlichen Haltung Frankreichs, die es ihm unmöglich macht, seine Politik fortzuführen. Der Reichskanzler hat das Gefühl, daß Frankreich immer neue Forderungen stelle, je mehr man nachgibt. Die Verschleppung der ober-schlesischen Frage mache der deutschen Regierung jedes Disponieren unmöglich. Die deutsche Regierung sehe mit Besorgnis in die Zukunft und trotz aller Bemühungen, mit der Entente auszukommen, häufen sich die Schwierigkeiten für uns und treiben zur Katastrophe. Unter diesen Umständen ist das Kabinetts Wille zur Entente gekommen, daß die Politik der Erfüllung beim schlechten Willen der Entente, mit dem in diesem Umfange nicht gerechnet werden konnte, nicht durchführbar ist, wenn Frankreich sein Ziel, neue Verwicklungen herbeizuführen, um neue Sanktionen erlangen zu können, fester als je verfolgt. Frankreich stützt damit selbst die angeblühende ihm so angenehme Regierung Wirth. Das Kabinetts wird seine Rücktrittsabsichten bald durchführen, um neuen Männern Gelegenheit zu geben, sich in den Sommerferien einzuarbeiten.“

Oberschlesien.

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“, die über die starke Versäuerung berichtet, welche die französische Note in der Foreign Office herbeigerufen hat, teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchen, um sich eine Rechtfertigung für die Besetzung des Ruhrgebietes und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, dem amerikanischen Beispiel zu

folgen und sich von den kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

London, 19. Juli. Die „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel, die Auffassung der britischen Regierung werde nach Mitteilung von zuständiger Stelle wie folgt sein: Briand habe einen Vorschlag gemacht, der darauf hinauslaufe, die nächste Sitzung des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Vorschlag habe die britische Regierung enttäuscht und in amtlichen Kreisen Gefühle erweckt, die über die Enttäuschung noch hinausgingen. Was den französischen Vorschlag auf Entsendung von Truppen angehe, so habe Großbritannien keine Division zur Verfügung. Sie sei außerdem nicht in der Lage, die hierfür nötigen Gelder auszugeben. Im Zusammenhang mit der französischen Behauptung, daß die Truppen Ostern nur zum Schein aufgelöst worden seien, habe der britische Oberkommandierende eine sofortige gründliche Untersuchung angeordnet. Die „Morning Post“ schließt, in britischen amtlichen Kreisen herrsche die Auffassung, daß Frankreich es vielleicht zu vermeiden wünsche, daß noch andere Fragen als die ober-schlesische vor dem Obersten Rat zur Regelung kämen. So sei die britische Regierung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Briand und Balfour Sami Bey nicht unterrichtet. Vielleicht wolle Briand eine Aussprache über diese Frage vermeiden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, bis in die späten Abendstunden sei gestern keine offizielle englische Antwort auf die letzte Mitteilung des Obersten Rates eingegangen. Nach offizieller britischer Auffassung sei ein Aufschub der Besetzung der Grenzen Oberschlesiens und der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein nicht angedacht. Es könne angenommen werden, daß keine britischen Verstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden könnten. Briand scheine zu hoffen, daß Italien in der Lage sein werde, ein neues Kontingent zu senden. Die Absendung einer französischen Division könne jeden Augenblick erwartet werden. Der Korrespondent fährt fort, die englischen Vertreter hätten ebenso viele bewaffnete Rollen, die die Grenze überschritten, entdeckt, wie ihre französischen Kollegen Deutsche unter gleichen Umständen entdeckten.

Paris, 19. Juli. Die Antwort Englands auf die französische Note ist bisher nicht eingetroffen. Die Londoner Korrespondenten der Pariser Wälder melden, daß das Foreign Office gestern Abend noch zu keinem Entschluß gekommen sei. Der „Petit Parisien“ und „Matin“ versichern, daß die englische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß die Lage in Oberschlesien die von Frankreich vorgeschlagene Entsendung von Verstärkungen keineswegs rechtfertige. Sie beabsichtige, nicht auch nur eine Brigade zu entsenden und halte an dem Vorschlag einer sofortigen Lösung des Problems fest. Der einmütige Protest der deutschen Presse scheint hier nicht ohne Eindruck zu bleiben. Die Wälder geben sehr ausführlich die deutschen Meinungsäußerungen wieder.

Nach der Tatsache, daß der englische und der italienische Botschafter sich bisher der Demarche Laurents nicht angeschlossen haben, scheint hier den Engländern etwas abzufallen. So beiläufig selbst der „Matin“ zu versichern, daß es sich bei den militärischen Maßnahmen lediglich um Vorkehrungsmaßnahmen handle und daß im übrigen die Lage in Oberschlesien keine Verschärfung erfahren habe. Nach dem Rückzug der deutschen und der polnischen Streitkräfte seien es nur noch lokale Elemente, die die Ordnung stören könnten. Inzwischen lasse die endgültige Entscheidung über die künftige Grenze den Ausbruch neuer Unruhen befürchten und die Alliierten müßten deshalb rechtzeitig Vorkehrungen treffen, um ihren Entschlüssen Geltung zu verschaffen. Wenn die Sachverständigenkommission sofort zusammentrete, könne sie bis Mitte August ihre Arbeiten beendet haben, und daran anschließend könnten die Mitglieder des Obersten Rates zusammenkommen, um die endgültige Entscheidung zu fällen. Da Lloyd George seinen Urlaub in der Schweiz herbringe, könne man ja die Konferenz in einem Orte nahe der Grenze abhalten.

Nach vorgestern hatte die Regierungspresse von einer Verschiebung des Zusammentritts des Obersten Rates bis nach der Washingtoner Konferenz gesprochen. Herr Briand scheint sich inzwischen eines Besseren besonnen zu haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dazu Vorantizip selbst beigetragen hat. Er weist seit gestern hier und erklärte in Interviews, daß die Entscheidung angesichts der Verleugung des Landes keinen Aufschub dulde. („Frankf. Ztg.“)

London, 19. Juli. „Daily Express“ berichtet, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß zwischen den Regierungen von Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die ober-schlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich zudem, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Buchkritik.

Kleinodien deutscher Literatur. (C. S. Wed. München.) Es sind in der Tat Kleinodien, edelste Blüten die der ausgezeichnete Verlag aus dem Riesenschatz deutscher Literatur ausgelesen und in einen wundervollen Strauß zusammengebunden, der deutschen Lesertwelt darbietet.

Es mag deutscher Gründlichkeit und deutschem Gewissen mehr entsprechen, von allen verehrten Autoren die „sämtlichen Werke“ zu besitzen und aus ihnen die Auswahl der Lieblingsstellen selbst zu treffen. Aber wie Viele haben heute die Zeit, „sämtliche Werke“ zu lesen und kritisch zu durchmustern, auch wenn sie so glücklich sind, die Bände zu besitzen, und auf ihrem Bücherstapel prangen zu sehen? Schon allein der Umfang scheidet ab und — da wir doch nicht alles lesen können — so lesen wir häufig garnichts. Wie dankenswert ist es daher, wenn große Literaturkenner und -verständer, ja selbst Künstler, etwa aus der Fülle unseres herrlichen Jean Paul ein kleines köstliches Auswahlbändchen gestalten. „Jean Pauls Träume“, aus dem wie aus einem feinsten Extrakt der edelste Duft Jean Pauls Träumens uns entgegenströmt. Wenn wir solche Bändchen gelesen und genossen haben, so haben wir in der Tat vom Geiste unseres Jean Paul einen Hauch verspürt. Und ebenso ist es mit „Roberts Märchen“, „Luthers Dichtungen“, „Geylers Wälder“ — sage ich zu viel, wenn ich meine, daß den Meisten diese Werke verloren wären, wenn sie sie nicht in dieser Form der weissen und feinsten Auswahl dargeboten bekämen?

Eine gute Auswahl von Gedichten, wie „Cl. Brentanos Gedichte“, „F. v. Eichendorffs Gedichte“, „Göthe's Dichtungen“, „H. Otto Runge: Gedanken und Gedichte“, „Vergoet's Gedichte“, „Deutsche Gedichte des XVII. Jahrhunderts“, die wir wirklich genießen, kann uns mehr sein, bedeutender in uns wirken, als die sämtlichen Gedichte in den sämtlichen Werken, durch die wir uns nicht durcharbeiten, abgesehen davon, daß doch selbst der Größte nicht lauter Werke von gleicher Größe schafft. Danken wir daher den Männern, die aus der unberechenbaren Fülle des Stoffes diese Kleinodien, das Beste vom Guten, für uns ausgewählt haben. Drei Personen aus der mittelalterlichen Dichtung, die dem deutschen Volk unverloren bleiben müssen, hat Will Vesper aufs feinstmögliche ins Neudeutsche übertragen: „Das Hohelied Salomons in 43 Minneliedern“, ein Büchlein voll

Süße und Innigkeit und Reinheit der Leidenschaft, das lebensprühende, prächtige Kulturbild „Mein Heimbrecht“, von Bernhart von Günter, und die unsterbliche Dichtung „Harimann von Aue“, der arme Heinrich“. Fr. Rante hat aus den Isländischen des 12. Jahrhunderts „Die Geschichte von Islid dem Geächteten“ übertragen und uns damit ein einzigartiges Werk von hohem, kulturellen und poetischen Wert zugänglich gemacht.

Die Sammlung enthält endlich „F. v. Eichendorff: Dichter und ihre Gesellen“, eine reizende Novelle, die man in der üblichen Eichendorff-Ausgabe nicht findet, und „Die Germania des Tacitus“, die, in Will Vespers vortrefflicher Übersetzung, wohl ihren Platz in diesem Kreis behaupten darf.

Nachdem wir so den inneren Gehalt und Wert dieser Sammlung betont haben, fügen wir hinzu, daß die äußere Form dieser Kleinodien dem Inhalt nicht nachsteht; auf bestem Papier schönster großer Druck, ganz reizende Einbände machen das Halten und Betrachten des Bändchens zum Genuß. Ein billiger Preis vollends empfiehlt die Kleinodien als wertvolle Gaben für Jung und Alt.

Die Wege eines Deutschen. Ein Zeit- und Lebensbild. Von Jeanne Berta Semmig. (C. S. Wed. München.) Ein köstliches Denkmal edelster Form hat die ausgezeichnete Dichterin ihrem höchst ehrenwürdigen Vater gesetzt und uns ein sehr wertvolles Buch gegeben voll Schönheit und inneren Reichtums. Ein Leben, ein Menschenleben, ein Mannesleben, eines wahrhaft deutschen Mannes Leben geht vorüber, das schließt Vaterlandsliebe, Freiheit, Weisheit, Glaube, Poesie, Größe der Menschlichkeit ein. Wir lesen mit Andacht, Spannung, Verehrung und Ehrfurcht, ergreifen von Beistehergroße, Herzgenstie und Reinheit, echter Poesie. Ein edles Bild, gemalt mit höchster Kunst und aus echter Liebe.

Mühende Jugendjahre, Lernjahre, erfüllt von ganzen Haub einer wahrheitsliebenden, treuen, heiteren, hochbegabten, tiefen Gemüts. Studentenjähre, Burdenschaft, Begeisterung für Ehre, Freiheit, Vaterland. Politisches Auftreten, sozialistische Schriftstellerität. Verührung mit den Großen der Zeit, Robert Blum, Richard Wagner, Bakunin u. a. Eine große Liebe. 1848 flucht nach Frankreich. Schwere Wanderjahre des Fremdlinges in der Verbannung. Tätig-

keit als Schriftsteller, Dichter, Lehrer. „Geschichte der französischen Literatur im Mittelalter.“ Ehe mit einer trefflichen französischen Frau. Als Vater wundervolle psychologische Beobachtungen über das Wachstum des kleinen Töchterchens: „Das Kind, Tagebuch eines Vaters“ 1875. 1879: „Das Frauenherz“; Entwicklung des Weibes vom Kind zur Jungfrau, zur Mutter. Nach Bismarcks Tode ins Tagebuch: „Die Weltgeschichte geht weiter. Wir haben den Tempel des deutschen Genius aufzubauen — in uns. Gott und das Volk — Gott segne uns.“ 1882: „Kultur- und Literaturgeschichte der französischen Schweiz und Savoyens.“ Hauptwerk 1886: „Die Geschichte der Jungfrau von Orleans und ihrer Zeitgenossen“; die Jungfrau gefeiert als „Vorbild des reinsten Patriotismus und als Vorläuferin des größten Wertes des deutschen Volkes, der Reform.“ Und viele andere Veröffentlichungen, die, im Anhang des Buchs angegeben, Kunde geben von diesem rastlos tätigen Geiste.

Wir stehen tief ergriffen vor der Größe dieses Welses, von der Schönheit und Liebe der Darstellung, die durch die kleinsten, feinsten, menschlichen Züge jene Größe besonders liebenswert macht. Das Buch stellt einen hohen Wert dar für jeden Menschen, den höchsten für den deutschen Menschen. Das Schlusswort: „Das Leben, zweimal gebrochen, zweimal wieder aufgerichtet und voller Zuversicht für die Zukunft seines Volkes, wenn dieses Volk jene Art nicht vergißt, lebhöffen.“

„Aus Onkel Benjamins Welt.“ Unter diesem Titel bringt der Theopis-Verlag in München eine sehr gute deutsche Ausgabe von Claude Tilliers „Velle-Plante et Cornelius“, heraus, ein Werk, das bekanntlich der Weltliteratur angehört und keiner besonderen Empfehlung mehr bedarf. Onkel Benjamin, der famose Held des auch in Deutschland längst bekannten gleichnamigen Illustrierten Buches, spielt allerdings in den Erlebnissen der beiden so gegensätzlich getarnten Brüder des geizigen und spitzbübischen Velle-Plante und des selbstlosen weltunflügen, träumerischen Ideologen Cornelius, nur eine unbedeutende Rolle; aber die breite, behagliche, ironische Art der Erzählung, die Meisterhaft der psychologischen Charakterisierung, das herbe bauerliche Milieu, der Stil und der zuweilen drastische Humor sind dieselben wie dort. Die Annahme, daß es sich um die erste deutsche Ausgabe des Werkes handle, ist übrigens wohl auf einen Irrtum zurückzuführen. Dem Wert der neuen Ausgabe in der sorgfältigen Übersetzung von Ulrich Raufcher tut dies indessen keinen Abbruch.

Kopenhagen, 19. Juli. „Politiken“ beschäftigt sich mit der Oberösterreichischen Frage und verurteilt den Standpunkt der französischen Regierung. Das Blatt schreibt: Obwohl alle anerkennen, daß der Zustand in Oberösterreich unerträglich ist und daß es Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen interessiert, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, besteht zurzeit die größte Aussicht dafür, daß der französische Verschleppungsstandpunkt siegt und daß die oberösterreichische Frage erst im Herbst ihre Entscheidung finden werde.

Paris, 19. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen Infanteriedivision zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kammer Sitzung entschieden werden würde. Man erfährt indessen, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärken wird, gleichgültig, ob zu gleicher Zeit die englischen und französischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.

Berlin, 20. Juli. Nach einer Meldung aus Breslau haben in den letzten Tagen in einigen Gegenden des Kreises Gleiwitz wiederum Schießereien der Insurgenten stattgefunden. In Streichen richtete eine Bande mit Handgranaten an Gebäuden einen beträchtlichen Schaden an. Einer weiteren Blättermeldung aus Oberschlesien zufolge, sind die Leichen des Amtsvorstehers Wagener, Geschw. des Polizeiwachmeisters Richter aus Rybnitz und des Gerichtsbeamten Seidel aus Nadowitz aufgefunden worden. Seidel und Richter wurden aus einem Juge, der unter dem Schutz der Internationalen Kommission nach Kattowitz fuhr, von den Insurgenten herausgeholt und erschossen. Die Verletzungen der Leichen, die im Walde verstreut aufgefunden wurden, deuten darauf hin, daß diese beiden Deutschen von den Insurgenten in bestialischer Weise zu Tode gemartert wurden.

Aus der Reichswehr.

Berlin, 19. Juli. Die schon seit längerer Zeit angekündigten Verbote des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufsverbände und des Deutschen Offiziersbundes für Angehörige der Reichswehr sind jetzt ergangen. Die vom Reichswirtschaftsminister Dr. Gessler gezeichnete Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsverbände und ehemaliger Berufsverbände und zum Deutschen Offiziersbund.

Ich halte mich zu diesem Verbote aus grundsätzlichen Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der Art der Organisation und Betätigung dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhalt der Truppe erblicke, wenn auch den Bänden selbst, wie ich gern anerkennen will, die Absicht, disziplinärem zu wirken, fernzulegen hat.

Um etwaige Härten bei dem Ausschließen der Soldaten aus den Wohlfahrtsvereinigungen dieser Verbände zu vermeiden, ermächtige ich die Kommandeure und Marinekommandeure, für das Ausschließen aus den Wohlfahrtsvereinigungen Übergangsbestimmungen zu treffen und ersuche, mir über ihre Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten. Der Reichswirtschaftsminister: gez. Dr. Gessler.

Dr. v. Campe u. die deutsche Volkspartei.

Es scheint übersehen worden zu sein, daß im Preussischen Landtag der volksparteiliche Abg. Wiemer zu dem bekannten Aufsatz des Abg. Dr. von Campe in der „Täglichen Rundschau“ Stellung genommen hat, und zwar, wie er ausdrücklich bemerkt, auf Grund einer vorausgegangenen Aussprache in der Fraktion. Die „Neue Bad. Landeszeitung“ gibt aus seinen Ausführungen nach dem stenographischen Bericht die Hauptpunkte wieder: „Was die Grundgedanken des Artikels meines Freundes v. Campe betrifft, so erklärt sich die Fraktion mit ihnen durchaus einverstanden, ohne daß sie sich auf jedes Wort und jede Wendung festlegen will. Diese Grundgedanken entsprechen durchaus der Parteiauffassung und den wiederholt festgelegten Entschlüssen der Parteimitglieder.“ Herr Wiemer führte dann im einzelnen aus, daß die Deutsche Volkspartei eine Politik „die bürgerlich, die sozialistisch“ ablehne, und daß dieser Standpunkt durch Beschlüsse der Parteitagung, durch Erklärungen im Lande und in den Parlamenten festgelegt sei. Wir haben erklärt und erklären, wie Herr v. Campe: wir sind bereit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten (Zuruf bei den Sozialdemokraten: wir aber nicht!), wenn sie zu ehrlicher Mitarbeit bereit ist. Die Sozialdemokratie hat aber wiederholt gezeigt, daß sie zu ehrlicher Mitarbeit nicht bereit ist. In der grundsätzlichen Frage „Demokratie und Parlamentarismus“ erklärte Herr Wiemer: „Ich will feststellen, daß wir durchaus einig sind in der Auffassung, daß die zur Zeit gegebenen Grundlagen des Staatswesens Demokratie und Parlamentarismus sein müssen. Nach dem Zusammenbruch und nach der Staatsumwälzung ist es für jeden, der realpolitisch denkt, klar, daß sich der Aufbau nur auf dem Boden der ordnungsmäßig zustandekomme Verfassung vollziehen kann. Diese Verfassung ist auf dem Gedanken von Demokratie und Parlamentarismus aufgebaut. Die preussische Fraktion der Deutschen Volkspartei der Landesversammlung hat für die Verfassung gestimmt und damit den Willen bekundet, unbeschadet ihrer politischen Zukunftserwartungen ehlich mitzuwirken an dem Wiederaufbau in einem demokratisch-parlamentarischen Staatswesen.“ Was die Deutsche Volkspartei nicht wolle, sei die Überspannung des demokratischen Gedankens und des parlamentarischen Systems.

Das Mannheimer demokratische Blatt macht dazu folgende Bemerkungen:

„Hier haben wir also die offizielle Antwort der Deutschen Volkspartei auf die schönen Gedanken des Herrn v. Campe. Sie besagt zwar, daß die Partei damit vollkommen einverstanden sei, verwässert sie aber in Wirklichkeit so stark, daß kaum was anderes davon übrig bleibt, als Gemeinplätze. Besonders bemerkenswert sind die Einschränkungen, daß die „zur Zeit“ gegebenen Grundlagen des Staatswesens Demokratie und Parlamentarismus sein müssen, und daß die Volkspartei an dem Wiederaufbau mitarbeiten wolle, „unbeschadet ihrer politischen Zukunftserwartungen.“ Das ist also durchaus nicht, was Herr v. Campe will, eine uneingeschränkte „Bejahung des Staates, so wie er heute einmal ist.“ Herr v. Campe ist also zwar nicht offiziell desavouiert worden, aber man hat reichlich Wasser in seinen echten Wein geschüttet und seine tapferen Worte verflüssigt. Das Barometer der Zukunftserwartungen für einen „vormärtschreitenden Zusammenschluß“ steht wieder auf dem alten Punkt.“

Kurze polit. Nachrichten.

Paris, 19. Juli. Die „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement in großen Zügen den Standpunkt der Vereinigten Staaten zum Programm der Abrüstungskonferenz wie folgt angedeutet: 1. Die Vereinigten

Staaten bereiten selbst keinerlei Programm vor und erwarten, daß die Konferenz sich darüber selbst schlüssig werde. Mit ihrer Einladung verfolgt sie nur das allgemeine Gebiet. 2. Sie rechnen darauf, daß die Mächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz auf diplomatischem Wege über die zu beratenden Fragen einigen würden. 3. Jede beteiligte Macht könne im voraus gewiß sein, daß sie durch ihre Zustimmung zur Beratung eines besonderen Gegenstandes nicht auf das Recht verzichtet, später die Beschlüsse der Konferenz zu billigen oder abzulehnen. 4. Die Vereinigten Staaten suchen Einfluß auf eine Anzahl von Punkten des Konferenzprogramms zu nehmen, die mit dem Zweck der Konferenz nichts gemein hätten und den Erfolg in Frage stellen könnten.

Berlin, 19. Juli. Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken (u. a. Baring, Kleinwort, Morgan, Rothschild und Schroeder) getroffen worden, nach dem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst 3 Millionen Pfund in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigenen Großgetreidekäufe von Übersee, die Verschiffer auf die genannten Banken ziehen. Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Berlin, 20. Juli. Der „Vorwärts“ deutet auf die bevorstehenden Lohnverhandlungen im Zusammenhang mit der großen Brotpreiserhöhung hin. Das Blatt schreibt: Der Arbeiter, der Beamte, der Angehörige des kleinen Mittelstandes können diese Mehrausgabe nicht leisten. Eine fünfköpfige Familie soll in Zukunft im Jahre allein auf Marktbrot 500 Mark mehr bezahlen als jetzt. Den Arbeitern wird nichts anderes übrig bleiben, als mit allen Mitteln, die ihnen ihre Organisation gibt, den Lohn in die Höhe zu treiben. Nach den Mitteilungen einer Berliner Lokalcorrespondenz werden zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiter- und Angestelltenverbänden in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen stattfinden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Verteuerung des Brotes zu finden.

Mainz, 19. Juli. Heute früh 5 1/2 Uhr wurde auf dem Großen Sand bei Gonsenheim der Raubmörder Mohamed Ben Ahmed von der 1. Maschinengewehrkompanie des 63. maroccanischen Schützenregiments, der am 27. Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war, erschossen. Die Exekution dauerte nur einige Sekunden. Der Delinquent zeigte volle Kaltblütigkeit und rauchte, bis ihn die Kugeln niederstreckten. Dem Strafvollzug mochten Abordnungen sämtlicher in und um Mainz garnisonierender Regimenter bei sowie das vollständige 63. maroccanische Schützenregiment, ebenso Vertreter der Presse, der Oberstaatsanwalt von Wiesbaden, Vertreter der Stadt Höchst a. M. und ein Schwager des Ermordeten.

Dresden, 19. Juli. In dem Streit um die Ernennung des unabhängigen Abgeordneten Hoffel zum Amtshauptmann von Leipzig ergriff jetzt auch der Erheber der Berufung, Minister Ripinski, in einer an die Presse gerichteten Entgegnung das Wort, die sich vor allem mit der hier vor kurzem stützigen Kampfansage eines Ministerialrats beschäftigt. Die Ausführungen Ripinski geben kurz den Verlauf eines zähen Kampfes wieder, der sich in Sachen seit Mitte August 1919, bis heute zwischen der Regierung und den öffentlichen Staatsbeamten um die Frage der Mitentscheidung der Beamten bei der Besetzung höherer Stellen abgepielt hat. Klar entschieden wurde bisher dieser Streitfall nicht. Es kam wiederholt zu Konflikten. Ripinski stellt nun fest, daß die Ernennung und Entlassung von Beamten nach der Landesbesetzung allein Recht der Regierung sei und der Beamenschaft auch vom Gewerkschaftsstandpunkte eine Mitbestimmung nicht zugestanden werden könne. Das Ministerium habe sich bei der Ernennung Hoffels von der Staatsnotwendigkeit leiten lassen, eine Würdigung für die Verfassung zu schaffen. („Frankf. Ztg.“)

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Tagesordnung für die 50. Sitzung am Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr: Anzeige neuer Eingänge. Sodann I. Zweite Beratung über den Gesetzentwurf, das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperverletzungsbeamte betr. (Druck. Nr. 112 von 1919/20 Nr. 86), Berichterstatter Abg. Fiegelmaier-Oberkirch. II. Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über die Gesetzentwürfe 1. über die Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes samt einschlägigen Gesetzen (Druck. Nr. 67 und 67a), Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg; 2. einer badischen Gemeindeordnung samt einschlägigen Gesetzen (Druck. Nr. 88 von 1919/20, Nr. 95), Berichterstatter Abg. Straub, Gled, Dr. Lejer.

Entscheidungen des bad. Verwaltungsgerichtshofes.

(Originalbearbeitung für die „Karlsruher Zeitung“.)
11. Eine Bürgervereinerung (eingetragener Verein) ist als solche nicht berechtigt, Ansprüche ihrer Mitglieder auf Bürgerreue gerichtlich geltend zu machen.

Der Bürgerreue ist ein unmittelbares, ausschließlich aus dem Verhältnis des einzelnen Bürgers zu der Gemeinde fließendes Recht (§§ 1, 48 BürgerreueGef.; vgl. § 2 Ziff. 2 BürgerreueGef.). Wird ein aus diesem Rechtsverhältnis hergeleiteter Anspruch bestritten, so ist zu seiner gerichtlichen Geltendmachung nur der Berechtigte selbst befugt, dem Partei eines Rechtsstreits kann nur derjenige sein, über dessen Rechtsverhältnisse, Ansprüche oder Verbindlichkeiten in dem Rechtsstreit entschieden werden soll. Der Bürgervereinerung A. e. V. steht ein Anspruch auf Teilnahme an den Bürgerreueleistungen nicht zu; sie kann deshalb kraft eigenen Rechts nicht gegen die Gemeinde klagen; dies gilt nicht nur für die Leistungsansprüche, sondern auch für die Feststellungsansprüche. In den Sitzungen der Bürgervereinerung A. ist unter den Zwecken des Vereins zwar die „Bekämpfung der althergebrachten Rechte der Gemeindebürger“ erwähnt; durch diese Bestimmung wird aber der Bürgervereinerung nicht die Befugnis verliehen, im eigenen Namen oder im Namen der ihr als Mitglieder angehörigen jährlingsberechtigten Bürger eine Klage gegen die Gemeinde zu erheben. Aus dem Zusammenhalt der genannten Zweckbestimmung mit den übrigen in den Satzungen aufgeführten Zwecken des Vereins (freiwilliger unparteiischer Zusammenschluß und ungewolltene Zusammenkünfte der Gemeindebürger; Fürsorge für verarmte und entmündigte Bürger; Belebung neu eingetretener Bürgerreue und Bürger) ergibt sich, daß der Zweck des Vereins darauf gerichtet ist, den Interessen der Bürger eine beratende und unterstützende Förderung zuteil werden zu lassen. Soweit die Bekämpfung der althergebrachten Rechte der Gemeindebürger in Betracht kommt, könnte der Verein eine solche Aufgabe beispielsweise dadurch erfüllen, daß er Vorträge veranstaltet, Rechtsgutach-

ten erhebt oder erstattet, gegebenenfalls auch einzelnen Bürgern die gerichtliche Geltendmachung ihrer Rechte erleichtert, indem er die Kosten solcher Rechtsstreitigkeiten ganz oder teilweise auf sich nimmt. Dagegen kann der Satzungsbestimmung keinesfalls die Bedeutung zuerkannt werden, daß sie der Bürgervereinerung das Recht verleiht, rein persönliche Ansprüche ihrer Mitglieder ohne weiteres an ihrer Stelle und in ihrem Namen gerichtlich zu verfolgen. Hierzu wäre der Verein nur dann rechtlich befugt, wenn ihm von einzelnen als Kläger auftretenden jährlingsberechtigten Bürgern zur Prozeßführung über ihre Ansprüche aus dem Bürgerreueauschuss eine besondere Vollmacht erteilt wäre. (Urteil vom 29. Juni 1920 Nr. 2828.)

Kurze Nachrichten aus Baden.

Nr. 39 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Justizministeriums: Feuerungszuschläge zu den Prozeßgebühren der Gerichtsvollzieher; des Ministeriums des Innern: den Verkehr mit Brennholz.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei, der in Karlsruhe zusammentrat, sieht sich veranlaßt, erneut zu erklären, daß die Deutsche Volkspartei in Baden ihre volle Unabhängigkeit auch in Zukunft allen Parteien gegenüber wahren wird.

Karlsruhe, 20. Juli. Das infolge Entgleisung auf den Brückenrampe in Maximiliansau eingetretene Verkehrsbehinderung ist beseitigt. Der Gesamtverkehr nach der Pfalz über Maxau ist wieder aufgenommen.

Schweigen, 20. Juli. Der katholische Frauenbund veranstaltete am Sonntag im Saale des St. Josefhofes eine allgemeine Aufklärungsversammlung über die Ernährungslage und Milchwirtschaft für die Frauen. Die Vorsitzende, Frau Prof. Dr. Berthel, begrüßte die Gäste, darunter den Herrn Stadtpfarrer, den Referenten, Herrn Landwirtschaftslehrer Martin und die trotz der Hitze so zahlreich erschienenen Frauen. Der Referent gab in einem 1 1/2 stündigen Vortrag einen Überblick über die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion über das Wesen einer vernünftigen Ernährungsweise und machte bemerkenswerte Angaben über die Möglichkeit einer künftigen besseren Milcherzeugung Badens. Unter anderem schilderte er den Aufgabentritt, den sich mit der Errichtung ländlicher Milchzentralen der Badische Molkereiverband gestellt hätte. Die aufmerksamen Zuhörer dankten dem Redner mit lebhaftem Beifall. Zum Schluß dankte die Vorsitzende auch dem badischen Molkereiverband für die Bereitwilligkeit, einen Vortrag zu übernehmen und wünschte, daß künftighin noch weitere Aufklärungsversammlungen über Gebiete des praktischen Lebens stattfinden.

DZ. Heidelberg, 19. Juli. Durch die Blätter ging die Meldung, daß eine Frankfurterin die Mordtat am Kimmelsbacherhof im Trauzustand gesehen habe, und daß sie auch die Heidelbergger Staatsanwaltschaft davon benachrichtigte. Sie schrieb einen Brief, in dem sie mitteilte, daß sie im Zustand der Wahrräumerei den Vorgang bei der Ermordung der Witwe, germeister gesehen habe. Diese Mitteilung wurde durch den Staatsanwalt Haas bekräftigt, tatsächlich sei schon einige Tage vor der Auffindung der Leichen das bezeichnete Schreiben bei der Heidelbergger Staatsanwaltschaft eingelaufen. — Auch eine Heidelbergerin, Frä. Bucher, die als Helferin bekannt ist, soll vor Auffindung der Leichen die Richtung genau bezeichnen haben, wo die Ermordeten lagen.

Anlässlich der Untat am Kimmelsbacherhof hat die Polizei umfassende Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit auch in der weiteren Umgebung Heidelbergs zu gewährleisten. Es werden regelmäßig Polizeistreifen innerhalb des Badengebietes stattfinden.

DZ. Mingsolsheim, 19. Juli. Bei der neuerlichen Wahl zum Bürgermeister wurde Rudolf Reff gewählt.

DZ. Baden-Baden, 19. Juli. Die deutsch-demokratische Partei Baden-Baden hält am nächsten Freitag eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit der Aufstellung eines neuen Landtagskandidaten für den auscheidenden bisherigen Abg. Krollbin befassen wird.

DZ. Konstanz, 19. Juli. Von der Theaterkommission wurde, H. Konst. Ztg., Franz Gottscheid für den Posten des Theaterdirektors vorgeschlagen. Gottscheid war vor zwölf Jahren Direktor des Stadttheaters in St. Gallen, dann 10 Jahre Direktor des Stadttheaters in Posen, von wo ihn die Polen gewaltsam vertrieben. Von dieser Neubekleidung erhofft man sich für Konstanz einen künstlerischen Gewinn.

Aus der Landeshauptstadt.

Kriegs- und Friedensangehörige des ehemaligen Feldart. Regts. Großherzog (I. Badisches) Nr. 14 hatten am Samstag den 23. Juli, 8 Uhr abends, einen kameradschaftlichen Abend an, um über die Abhaltung eines Regimentsgedenktages zu beraten. (Näheres siehe Inseratenteil.)

Staatsanzeiger.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 18. Juli d. J. wird in Schweigen ein Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Schweigen und bis zur Errichtung des Finanzamts Wiesloch auch den Amtsbezirk Wiesloch. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbereich die Geschäfte des bisherigen Finanzamts sowie des Steuerkommissariats Schweigen, der auf oben genannten Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt wird. Der Steuerkommissariatsbezirk Wiesloch bleibt als Zweigstelle des Finanzamts Schweigen bis auf weiteres bestehen. Ebenso bleibt die Steuererhebung in Schweigen vorerst weiter bestehen.

Karlsruhe, den 13. Juli 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Köhler.

Wahlplan.

Vom Mittwoch, den 20. Juli, an tritt in den besetzten Gebieten ein neuer Personenwahlplan in Kraft, der mit Rücksicht auf die zurzeit stattfindende Zollkontrolle für diesen Zweck größere Aufenthalte vorsieht. Im Wechselverkehr Baden-Pfalz erleidet der Wahlplan im allgemeinen keine Änderungen mit Ausnahme der Personenzüge:

406 Ludwigsbafener Rhein ab 8.57 vorm., Mannheim an 9.07 vorm.
410 Mannheim ab 9.33 vorm., Ludwigsbafener Rhein an 10.03 vorm.
427 Ludwigsbafener Rhein ab 9.10 nachm., Mannheim an 9.20 nachm.

Ferner ändern sich die Verkehrszeiten der durchgehenden Schnellzüge D 107/D 188, D 269/D 270 und 281/D 282 außerhalb Baden um einige Minuten.

Total-Ausverkauf

in der Städt. Ausstellungshalle

Männerhosen	Sommerzwirn, Mark	38.-	und	42.-
dto.	Buxkin, Mark	50.-	60.-	90.-
dto.	blaue Arbeitshosen, . . . Mark	48.-		

Städtische Bekleidungsstelle

Verkauf von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ununterbrochen.

Verlangen Sie überall



RIEMPP

fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen
offen u. abgepackt

Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete



CHRISTIAN RIEMPP

KARLSRUHE
KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDLUNG
COLOMBAWAREN-GROSSHANDLUNG
ESSENZ-SENFFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN

*
Sie erhalten Qualität!

Total-Ausverkauf

in der Städt. Ausstellungshalle

Männeranzüge

dreiteilig mit Sergefutter

Mk. 150.- Mk. 195.- Mk. 250.- Mk. 350.-

Gute blaue Anzugstoffe

Cheviot, 145 cm breit, Meter 50.- Mark. R.449

Städtische Bekleidungsstelle

Verkauf von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ununterbrochen.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 21. Juli 7—geg. 10 Uhr. Mk. 12.20

Die Frau im Hermelin.

Ehem. 14er (Großherzogs) Artilleristen

finden sich zur

Besprechung über Abhaltung eines Gedentages

bei Kamerad Ziegler, Baumeisterstraße 18, ein am Samstag, den 23. Juli ds. Js., abends 8 Uhr. K.446

Die Ziehung der 2. Klasse der 18. Preussisch-Süddeutschen (24. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 5. und 6. August 1921 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 2. Klasse hat bis spätestens Sonnabend, den 30. Juli d. Juli ds. Js., abends 6 Uhr, bei den zuständigen badischen Lotterieverwaltern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

K.448

Karlsruhe, den 20. Juli 1921.
Landeshauptkasse.

Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Das Auftreten der Ruhr betr.

Wir machen wiederholt auf die badische Verordnung vom 9. Mai 1911, „die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten betr.“, aufmerksam.

Übertragbare Ruhr (Dysenterie) sowie jeder Erkrankungsfall, der den Verdacht von Ruhr zu erwecken geeignet ist, ist innerhalb 24 Stunden nach erlangter Kenntnis dem Bezirksamt anzuzeigen, ebenso jeder Wechsel der Wohnung oder des Aufenthaltsortes des Erkrankten. Todesfälle an den genannten Erkrankungen sind auch dann anzuzeigen, wenn die Erkrankung des Verstorbenen bereits angezeigt war.

Zur Erstattung der vorgeschriebenen Anzeigen sind verpflichtet:

1. der zugezogene Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten berufsmäßig verpflichtete Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, sowie
5. bei Todesfällen der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter 2-4 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Zu widerhandlungen, insbesondere Unterlassung der Anzeigen, werden, soweit nicht die Bestimmungen des § 327 R.-Str.-G.-B. Anwendung finden, gemäß § 85 R.-Str.-G.-B. an Geld bis zu 100 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

K.216

Bezirksamt — Polizeidirektion. O.-B.104.

Zur Erweiterung des Gebäudes für Feuerleute beim Maschinenhaus A dazwischen sind die Grab-, Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Blech-, Putz-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- u. Anstreicherarbeiten nach den Bestimmungen des Verdingungsverzeichnisses öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft auf unserer Hochbauabtheilung zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsordrücke. Angebote mit Aufschrift, verschlossen, postfrei, bis längstens Dienstag, 26. 6. Mis., 10 Uhr vorm., bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Offenburg, 12. Juli 1921. Bauinspektion.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Gengenbach. J.230
Im Güterrechtsregister Band I Seite 399 wurde eingetragen:
Jodl, Moses Moriz Dr., prakt. Arzt in Zell a. G. und Gretchen Rosa geb. Drehfuß.
Durch Ehevertrag vom 2. Mai 1921 ist Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Ehefrau vereinbart.
Gengenbach, 12. Juli 1921. Amtsgericht.

Mannheim. J.212
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
1. Seite 345: Georg Doll, Kaufmann, und Katharina geb. Knapp in Mannheim. Vertrag vom 30. Oktober 1915. Gütertrennung.
2. Seite 346: Karl Friedrich Merwarth, und Lina geb. Lind in Mannheim. Vertrag vom 27. April 1921. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in Abschnitt II bezeichnetes Einbringen, ferner alles Vermögen, das sie von Todeswegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erwirbt.
3. Seite 347: Valentin Geib, Leichenschauer, und Emma geb. Anzorge in Mannheim. Vertrag vom 7. Juli 1921. Gütertrennung.

Offenburg. J.231
Güterrechtsregister Band II Seite 447: August Glatt, Kassensekretär in Offenburg und Anna Glatt geborene Krippel. Durch Vertrag vom 28. Juni 1921 ist die Verwaltung und Nutzung des Mannes ausgeschlossen.
Offenburg, 11. Juli 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Schopfheim. J.232
Güterrechtsregister Band I Seite 280: Mannhardt, Emil Arthur, Landwirt in Schopfheim, und Luise geborene Kirchner. Vertrag vom 8. Juli 1921. Gütertrennung.
Schopfheim, 15. Juli 1921. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Schwehingen. J.175
Güterrechtsregister Band II Seite 378: Ladner, Heinrich, Fabrikant in Drühl, und Marie geborene Nott. Vertrag vom 15. Juni 1921 — Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut —.
Seite 379: Langlot, Johann, Zigarrenfabrikant in Neulussheim, und Katharina geb. Benz. Vertrag vom 9. Juli 1921 — Gütertrennung —.
Schwehingen, den 12. Juli 1921. Amtsgericht 2.

Aberlingen. J.164
Güterrechtsregister Band II, Seite 185: Reilhuber, Josef, Orgelbauer in Aberlingen, und Anna geb. Schweifart. Vertrag vom 4. Juli 1921. Allgemeine Gütergemeinschaft. Die im Vertrag zu § 3 des Vertrags aufgeführten Ausgliederungshandlungen der Frau werden als deren Vorbehaltsgut erklärt.
Aberlingen, 12. Juli 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Leiberg. J.213
In das Vereinsregister O.-B. 26 wurde eingetragen: Vereinigung Schwarzwalder Wanduhrenfabrikanten in Leiberg. Die Satzung ist am 1. Dezember 1919 erlassen und am 4. April 1921 geändert. Vorstandsmitglieder sind: Adolf Hermann, Fabrikant in Leiberg und Alfred Dold, Fabrikant in Schönwald.
Leiberg, 14. Juli 1921. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Schwehingen. J.217
Die am 9. Oktober 1869 zu Walldorf geborene und in Neilingen wohnhafte Mathias Krämer Ehefrau Karoline geb. Kuch wurde laut Beschluss des Amtsgerichts Schwehingen vom 16. Juli 1921 wegen Trunksucht entmündigt.
Schwehingen, 18. Juli 1921. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 2.

Holzverfeinerung des Forstamts Schönau i. B. am Montag, den 1. August d. Js., nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus zur Sonne in Schönau i. B.: 6 Stück Nadelstämme I. Kl. 21,87 Fm., 16 II. Kl. 31,73 Fm., 63 IV. Kl. 46,76 Fm., 244 V. Kl. 98,94 Fm.; 44 Nadelstämme I. Kl. 68,99 Fm. 72 II. Kl. 68,88 Fm. J.210.2.2

Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ e. G. m. b. H.

Karlsruhe Wilhelmstraße 47
Postscheckkonto Nr. 10661 Telephone Nr. 5200
Bankkonto: Straus & Co. R.432

Übernahme sämtlicher Erd-, Maurer-, Beton-, Zimmer-, Gipser-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten

unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei mäßigen Preisen. Besonders günstige Bedingungen bei Reparaturen und Umbauten.

Gegen Feldmäuse



gibt es laut den vielen Gutachten kein zuverlässigeres Radikal-Mittel als

Springer's la. Saccharin-Strychnin-Haferkern

durch und durch vergiftet, reichlich versüßt und mit Witterung versehen, stärkste zulässige Qualität, garantiert 5% Strychnin enthaltend zum Preise von Mark 22.- per Kg., sowie in Packungen zu Mark 2.50, 6.- und 12.-. Man lasse sich keine minderwertige Qualität, bei welcher der Kern außen nur schwach vergiftet ist, aufreden. K.349

Springer's Phosphoriatwerg in 10 Kg.-Patenteimer Mark 9.- pr. Kg., sowie in Dosen zu Mark 2.50, und 5.- ab Fabrik.

Chem. Fabrik Anton Springer, Karlsruhe i. B., nur Eitlingerstraße 51. Tel. 2340.
Leistungsfähigste Spezialfabrik zur Herstellung von Feldmäusevergiftungsmitteln.

Total-Ausverkauf

in der Städt. Ausstellungshalle

Kinderstiefel	braun Kalbleder (feine Qualität)	27-29	30-32	33-35
		M 78.-	M 98.-	M 120.-
Kinderstiefel	schwarz Boxcalf	27-30	31-35	
		M 65.- und 75.-	M 75.- und 90.-	
Kinderstiefel	braun, Segeltuch mit Lederbesatz und Sohlen	27-30	31-35	
		M 40.-	M 45.-	

Leder Ia. Qualität

zum Selbstbesohlen, zu außerordentlich billigen Preisen.

Städtische Bekleidungsstelle

Einfache Kleider

Unterkleidung Wäsche

143 Vorbilder zu Kleibern, Mänteln und Unterkleidung verschiedenster Art für Straße, Haus, Beruf, junge Mädchen, junge Frauen, ältere Damen.

Zusammengestellt aus der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“

2. Auflage Preis M. 6.-

Dieses Heft wendet sich hauptsächlich an solche Frauen, die sich nicht unbedingt allen Modewandlungen unterwerfen und darauf sehen, der ersten Zeitzufolge in ihrer äußeren Erscheinung einfach und unauffällig zu wirken.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Total-Ausverkauf

in der Städt. Ausstellungshalle

Männer-Einsatzhemden	Stück	25.-
Männer-Trikothemden	wollig, Stück	32.-
Frauenhosen	weiß, mit Stickerei, Stück	19.75
Sportswear	Ia. Qualität, Trikot blau-weiß geringelt, zum Umarbeiten für Sportjacken und Kinderbekleidung sehr geeignet, Stück	20.-

Städtische Bekleidungsstelle